S 20 BA 121/22 ER

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Nordrhein-Westfalen

Sozialgericht Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen

Sachgebiet Betriebsprüfungen

Abteilung

Kategorie Beschluss

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 20 BA 121/22 ER

Datum 07.02.2023

2. Instanz

Aktenzeichen L 8 BA 32/23 B ER

Datum 15.05.2023

3. Instanz

Datum -

Die Beschwerde des Antragstellers gegen den Beschluss des Sozialgerichts KĶIn vom 07.02.2023 wird zurļckgewiesen.

Der Antragsteller trĤgt die Kosten des Beschwerdeverfahrens.

Der Streitwert des Beschwerdeverfahrens wird auf 4.301,36 Euro festgesetzt.

Â

GrÃ¹/₄nde

Â

Die zulĤssige Beschwerde des Antragstellers gegen den Beschluss des Sozialgerichts (SG) KĶln vom 07.02.2023 ist nicht begründet. Das SG hat den Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung der dort unter dem Aktenzeichen S 20 BA 57/19 erhobenen Klage gegen den Bescheid vom 14.06.2018 in der Fassung des Bescheids vom 19.12.2018 und des Widerspruchsbescheids vom

04.02.2019 zu Recht abgelehnt.

Â

GemäÃ□ § 86b Abs. 1 S. 1 Nr. 2 des Sozialgerichtsgesetzes (SGG) kann das Gericht der Hauptsache in den Fällen, in denen Widerspruch oder Anfechtungsklage keine aufschiebende Wirkung haben, diese auf Antrag ganz oder teilweise anordnen. Widerspruch und Anfechtungsklage gegen eine â□□ wie hier erfolgte â□□ Entscheidung ýber Beitragspflichten und die Anforderung von Beiträgen sowie der darauf entfallenden Nebenkosten haben gem. §Â 86a Abs. 2 Nr. 1 SGG keine aufschiebende Wirkung.

Â

Die Entscheidung, ob eine aufschiebende Wirkung ausnahmsweise gem. <u>ŧ 86b Abs. Å 1 S. Å 1 Nr. 2 SGG</u> durch das Gericht angeordnet wird, erfolgt aufgrund einer umfassenden AbwĤgung des Suspensivinteresses des Antragstellers einerseits und des Ķffentlichen Interesses an der Vollziehung des Verwaltungsakts andererseits (vgl. z.B. Senatsbeschl. v. 21.10.2020 â <u>L 8 BA 143/19 B ER</u> â <u>II</u> juris Rn. 3). Im Rahmen dieser InteressenabwĤgung ist in Anlehnung an <u>ŧ 86a Abs. 3 S. Å 2 SGG</u> zu berĽcksichtigen, in welchem AusmaÄ Zweifel an der RechtmĤÄ igkeit des angegriffenen Verwaltungsaktes bestehen (hierzu unter 1.) oder ob die Vollziehung fľr den Antragsteller eine unbillige, nicht durch ľberwiegende Ķffentliche Interessen gebotene HĤrte zur Folge hĤtte (hierzu unter Å 2.).

Â

1. Da § 86a Abs. 2 Nr. 1 SGG das Vollzugsrisiko bei Beitragsbescheiden grundsätzlich auf den Adressaten verlagert, können nur solche Zweifel an der RechtmäÃ□igkeit des Bescheides ein überwiegendes Suspensivinteresse begründen, die einen Erfolg des Rechtsbehelfs wahrscheinlich erscheinen lassen. Hierfür reicht es nicht schon aus, dass im Rechtsbehelfsverfahren möglicherweise noch ergänzende Tatsachenfeststellungen zu treffen sind. MaÃ□gebend ist vielmehr, ob nach der Sach- und Rechtslage zum Zeitpunkt der Eilentscheidung mehr für als gegen die Rechtswidrigkeit des angefochtenen Bescheides spricht (st. Rspr. des Senats, vgl. z.B. Beschl. v. 21.10.2020 â□□ L 8 BA 143/19 B ER â□□ juris Rn. 4; Beschl. v. 12.02.2020 â□□ L 8 BA 157/19 B ER â□□ juris Rn. 5 m.w.N.).

Â

Nach diesen MaÃ□stäben ist die aufschiebende Wirkung der Klage nicht anzuordnen, da deren Erfolg nicht wahrscheinlich ist. Es spricht nach der im Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes gebotenen summarischen Prüfung derzeit nicht mehr dafür als dagegen, dass sich die angefochtenen Bescheide, mit denen die Antragsgegnerin vom Antragsteller für den Zeitraum vom 01.01.2013 bis 31.05.2015 Beiträge und Umlagen in Höhe von insgesamt 17.205,42 Euro wegen der Beschäftigung von Frau B. (im Folgenden: B) nachfordert, als

rechtswidrig erweisen wird.

Â

Rechtsgrundlage des aufgrund einer Betriebsprýfung ergangenen Bescheides und der darin festgesetzten Beitragsnachforderung ist $\frac{\hat{A}\$\hat{A}}{28p}$ Abs. 1 S. 1 und S. 5 Sozialgesetzbuch Viertes Buch (SGB IV). Danach prüfen die TrÃ α ger der Rentenversicherung bei den Arbeitgebern, ob diese ihre Meldepflichten und ihre sonstigen Pflichten nach dem SGB IV, die im Zusammenhang mit den GesamtsozialversicherungsbeitrÃ α gen stehen, ordnungsgemÃ α α 0 erfÃ α 4llen; sie prÃ α 4fen insbesondere die Richtigkeit der Beitragszahlungen und der Meldungen (α 8 a SGB IV). Im Rahmen der PrÃ α 4fung werden gegen α 6 en Arbeitgebern Verwaltungsakte (sog. Pr α 6 en Recheide) zur Versicherungspflicht und Beitragsh α 6 he in der Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung sowie nach dem Recht der Arbeitsf α 6 erlassen. α 8 en Villen der Widerspruchsbescheide erlassen. α 8 der Aufwendungsausgleichsgesetz stellt die Umlagen zum Ausgleichsverfahren insoweit den Beitr α 6 gen zur gesetzlichen Krankenversicherung gleich (vgl. BSG Urt. v. 10.12.2019 α 1 B 12 R 9/18 R α 1 juris Rn. 12).

Â

GemÃxÃ \Box § 28e Abs. 1 SGB IV hat der Arbeitgeber den Gesamtsozialversicherungsbeitrag fÃ 1 4r die bei ihm BeschÃxftigten, d.h. die fÃ 1 4r diese zu zahlenden BeitrÃxge zur Kranken-, Renten-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung (§ 28d S. 1 und 2 SGB IV), zu entrichten. Der Versicherungspflicht in der Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung unterliegen Personen, die gegen Arbeitsentgelt beschÃxftigt sind (§ 5 Abs. 1 Nr. 1 Sozialgesetzbuch FÃ 1 4nftes Buch [SGB V], § 20 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 Sozialgesetzbuch Elftes Buch [SGB XI], § 1 S. 1 Nr. 1 Sozialgesetzbuch Sechstes Buch [SGB VI], § 25 Abs. 1 S. 1 Sozialgesetzbuch Drittes Buch [SGB III]).

Â

Nach § 7 Abs. 1 S. 1 SGB IV ist Beschäftigung die nichtselbstständige Arbeit, insbesondere in einem Arbeitsverhältnis. Anhaltspunkte fýr eine Beschäftigung sind eine Tätigkeit nach Weisungen und eine Eingliederung in die Arbeitsorganisation des Weisungsgebers (§ 7 Abs. 1 S. 2 SGB IV). Nach der ständigen Rechtsprechung des BSG setzt eine abhängige Beschäftigung eine persönliche Abhängigkeit des Arbeitnehmers vom Arbeitgeber voraus. Bei einer Beschäftigung in einem fremden Betrieb ist dies der Fall, wenn der Beschäftigte in den Betrieb eingegliedert ist und dabei einem Zeit, Dauer, Ort und Art der Ausführung umfassenden Weisungsrecht des Arbeitgebers unterliegt. Diese Weisungsgebundenheit kann â☐ insbesondere bei Diensten höherer Art â☐ eingeschränkt und zur â☐ funktionsgerecht dienenden Teilhabe am Arbeitsprozessâ☐ verfeinert sein. Demgegenüber ist eine selbstständige Tätigkeit vornehmlich durch das eigene Unternehmerrisiko, das Vorhandensein einer eigenen Betriebsstätte, die Verfþgungsmöglichkeit Ã⅓ber die eigene Arbeitskraft und die im Wesentlichen frei gestaltete Tätigkeit und Arbeitszeit

gekennzeichnet. Ob jemand beschĤftigt oder selbststĤndig tĤtig ist, richtet sich danach, welche UmstĤnde das Gesamtbild der Arbeitsleistung prĤgen und hĤngt davon ab, welche Merkmale überwiegen (st. Rspr., vgl. z.B. BSG Urt. v. 04.06.2019 â B 12 R 11/18 R â D juris Rn. 14 m.w.N.; zur VerfassungsmĤà igkeit der Abgrenzung zwischen BeschĤftigung und selbststĤndiger TĤtigkeit vgl. BVerfG Beschl. v. 20.05.1996 â D 1 BvR 21/96 â D iuris Rn. 6 ff.).

Â

Unter Berücksichtigung dieser MaÃ[stäbe und Abgrenzungskriterien sind Zweifel an der RechtmäÃ[igkeit der hier streitigen Bescheide nach der im einstweiligen Rechtsschutzverfahren gebotenen summarischen Prüfung nicht in einem die Anordnung der aufschiebenden Wirkung rechtfertigenden Umfang gegeben.

Â

Soweit der Antragsteller im Beschwerdeverfahren â wiederholend â de Auffassung vertritt, B habe ein unternehmerisches Handeln entfaltet und sei mit eigenem Unternehmerrisiko selbstst Ändig t Äntig gewesen, hat er dies nicht â de wie erforderlich â gem. <u>A§ 86b Abs. 2 S. 4 SGG</u> i.V.m. <u>A§ A§ 920 Abs. 2, 294 Abs. 1</u> Zivilprozessordnung (ZPO) hinreichend glaubhaft gemacht. Die aktenkundigen Umst Ände gen Älagen f Älar eine solche Annahme nicht. Der Vorwurf des Antragstellers, die Feststellungen der Antragsgegnerin beruhten auf aus der Luft gegriffenen Annahmen, weil B nicht erreichbar sei, ist unberechtigt. Vielmehr sprechen seine eigenen bisherigen Angaben daf Älar, dass B bei ihm gegen Arbeitsentgelt (<u>A§ 14 SGB IV</u>) abh Ängig besch Äntigt war.

Â

Nach dem bisherigen Sachstand ist zunĤchst davon auszugehen, dass B bei ihrer TĤtigkeit fļr den Antragsteller eingegliedert in dessen betriebliche Ordnung tätig geworden ist. So arbeitete sie ihm bei der Erstellung von Finanzbuchführungen und der Vorbereitung von Steuererklärungen zu und wurde damit im Rahmen der Vertragspflichten des Antragstellers gegenļber seiner eigenen Mandantschaft als seine Erfüllungsgehilfin eingesetzt. Von ihm vorgegebene oder aus anderen GrÃ1/4nden zu beachtende Fristen hatte B zu berücksichtigen. Auf Bitten des Antragstellers nahm sie an Besprechungen teil. Die Eingliederung der B zeigt sich insbesondere auch daran, dass ihr die Infrastruktur der Kanzlei des Antragstellers einschlie̸lich des von ihm auch selbst genutzten Computers nebst Software (insbes. DATEV) zur Verfügung gestellt wurde (vgl. Senatsbeschl. v. 18.07.2022 $\hat{a} \sqcap \square \perp 8$ BA 37/22 B ER $\hat{a} \sqcap \square$ juris Rn. 15), was bei lebensnaher Betrachtung zudem Absprachen hinsichtlich des Zeitpunkts der Arbeitsausführung erfordert haben dürfte. Ob B zudem â∏ wie vom Prüfer der Antragsgegnerin in der Stellungnahme zum Widerspruch vom 20.07.2018 vermerkt â∏∏ vom Antragsteller auch als Ansprechpartnerin fýr die Lohnbuchhaltung der Kanzlei bei Betriebsprüfungen eingesetzt wurde, ist ggf. im Hauptsacheverfahren zu kl\tilde{A}\tilde{x}ren. Gleiches gilt f\tilde{A}^1/4r die Frage, ob und wie sie sich

an ihrem Arbeitsplatz im Homeoffice mit der Kanzlei des Antragstellers vernetzen konnte.

Â

Indizien von Gewicht, die für eine selbstständige Tätigkeit sprechen, sind zulasten des Antragstellers vorliegend nicht hinreichend dargelegt und glaubhaft gemacht.

Â

B hat die streitbefangenen Tätigkeiten stets persönlich ausgeführt. Sie verfügte über keine eigenen Beschäftigten und benötigte für die Tätigkeit beim Antragsteller auch keine eigene Betriebsstätte, da sie â \square wie bereits ausgeführt â \square dessen Büro nebst vollständiger Computerausstattung nutzen konnte. Indizien dafür, dass sie überhaupt über eine eigene Betriebsstätte verfþgt hat, fehlen bisher. Ein Arbeitsplatz in der eigenen Wohnung stellt grundsätzlich keine eigene Betriebsstätte dar (vgl. BFH Beschl. v. 09.05.2017 â \square X B 23/17 â \square juris).

Â

Darýber hinaus hat B auch kein wesentliches unternehmerisches Risiko getragen, da sie vor dem Hintergrund einer erfolgsunabhängigen festen Stundenvergýtung für ihre Tätigkeit beim Antragsteller weder Kapital noch die eigene Arbeitskraft mit der Gefahr des Verlustes einsetzen musste. Das verbleibende Risiko einer Insolvenz des Auftrag- bzw. Arbeitgebers trifft jeden Arbeitnehmer in gleicher Weise (vgl. etwa BSG Urt. v. 18.11.2015 â \square B 12 KR 16/13 R â \square juris Rn. 37).

Â

Soweit der Antragsteller B keine Entgeltfortzahlung bei Krankheit und Urlaub gewÄxhrt hat, ist dieser Umstand statusrechtlich ohne eigenstÄxndige Bedeutung. Vertragsklauseln bzw. vertragliche Vereinbarungen, die darauf gerichtet sind, an den Arbeitnehmer- bzw. BeschĤftigtenstatus anknüpfende arbeits-, steuer- und sozialrechtliche Regelungen abzubedingen bzw. zu vermeiden, lassen, auch wenn sie in der Praxis tatsächlich umgesetzt werden, ausschlieÃ∏lich Rückschlüsse auf den Willen der Vertragsparteien, BeschĤftigung auszuschlieÃ∏en, zu. Darüber hinaus haben sie bei der im Rahmen des § 7 Abs. 1 SGB IV vorzunehmenden GesamtabwĤgung keine eigenstĤndige Bedeutung. Vielmehr setzen derartige Regelungen bereits das Fehlen des Status als Arbeitnehmer bzw. BeschÄxftigter voraus und sind daher eher Folge einer rechtsirrigen StatuseinschĤtzung als Indiz für eine solche. Allein die Belastung eines Erwerbstätigen, der im Ã∏brigen nach der tatsächlichen Gestaltung des gegenseitigen VerhĤltnisses als abhĤngig BeschĤftigter anzusehen ist, mit zusÄxtzlichen Risiken rechtfertigt nicht die Annahme von SelbststÄxndigkeit im Rechtssinne (BSG Urt. v. 18.11.2015 $\hat{a} \square \square B$ 12 KR 16/13 R $\hat{a} \square \square \square B$ juris Rn. 27; Senatsbeschl. v. 07.07.2021 â∏∏ <u>L 8 BA 33/21 B ER</u> â∏∏ juris Rn. 24).

Â

Die Gewerbeanmeldung der B spricht gleichfalls nicht fÃ $\frac{1}{4}$ r eine selbststÃ $\frac{1}{2}$ ndige TÃ $\frac{1}{2}$ tigkeit, da dieses formale Kriterium fÃ $\frac{1}{4}$ r die Beurteilung der tatsÃ $\frac{1}{2}$ chlichen Ausgestaltung der zu beurteilenden TÃ $\frac{1}{2}$ tigkeit ohne Aussagekraft ist. Der sozialversicherungsrechtliche Status eines Betriebsinhabers wird seitens der Gewerbeaufsicht nicht geprÃ $\frac{1}{4}$ ft (vgl. Senatsbeschl. v. 07.07.2021 â $\frac{1}{2}$ L 8 BA 33/21 B ER â $\frac{1}{2}$ juris Rn. 25; Senatsurt. v. 17.12.2014 â $\frac{1}{2}$ L 8 R 463/11 â $\frac{1}{2}$ juris Rn. 113).

Â

Schlieà lich kann auch aus dem vom Antragsteller hervorgehobenen, bisher nicht belegten Umstand, dass B fýr weitere Auftraggeber tÃxtig gewesen sein soll, nicht ohne Weiteres auf das Vorliegen einer selbststÃxndigen TÃxtigkeit geschlossen werden. GrundsÃxtzlich sind die einzelnen Rechtsbeziehungen isoliert zu betrachten. Gewicht erhÃxlt eine TÃxtigkeit für mehrere Auftraggeber daher erst, wenn sie in relevantem Umfang oder sogar schwerpunktmÃxà ig stattfindet (vgl. BSG Urt. v. 04.09.2018 â B 12 KR 11/17 R â ig juris Rn. 23) und sich in der Zusammenschau mit weiteren typischen Merkmalen einer selbststÃxndigen TÃxtigkeit, wie z.B. einem werbenden Auftreten am Markt für die angebotenen Leistungen, ergibt (vgl. BSG Urt. v. 04.06.2019 â ig B 12 R 11/18 R â ig juris Rn. 35 Â m.w.N.). Dies belegende Anhaltspunkte ergeben sich nicht aus dem bisherigen Akteninhalt und sind auch nicht vom Antragsteller vorgetragen worden.

Â

Ob seine weiteren Angaben zutreffen, B habe von ihm keine fachlichen Weisungen erhalten, sich die Arbeitszeit selbststĤndig eingeteilt und auch von zu Hause aus gearbeitet, kann bei dem derzeitigen Akteninhalt dahinstehen. Die in § 7 Abs. 1 S. 2 SGB IV genannten Anhaltspunkte der Weisungsgebundenheit und der Eingliederung stehen weder in einem RangverhÄxltnis zueinander noch müssen sie stets kumulativ vorliegen (BSG Urt. v. 13.12.2022 â∏∏ B 12 KR 16/20 R â∏∏ juris Rn. 21). Eine Eingliederung geht nicht zwingend mit einem umfassenden Weisungsrecht einher (vgl. BSG Urt. v. 27.04.2021 â∏∏ B 12 KR 25/19 R â∏∏ juris Rn. 14). Insbesondere bei Diensten hA¶herer Art besteht weitgehend fachliche Weisungsfreiheit. Dennoch kann die Dienstleistung in solchen FĤllen fremdbestimmt sein, wenn sie â∏∏ wie dies hier nach dem bisherigen Sachstand anzunehmen ist â∏∏ ihr Gepräge von der Ordnung des Betriebs erhält. Die Weisungsgebundenheit des Arbeitnehmers verfeinert sich dann â∏⊓zur funktionsgerechten, dienenden Teilhabe am Arbeitsprozessâ∏

☐. Auch in typischen ArbeitsverhÄxltnissen werden Arbeitnehmern immer mehr Freiheiten zur zeitlichen, Ķrtlichen und teilweise auch inhaltlichen Gestaltung ihrer Arbeit eingerĤumt (vgl. BSG Urt. v. 28.06.2022 â□□ <u>B 12 R 3/20 R</u> â□□ juris Rn. 18).

Â

Nach summarischer Gesamtw \tilde{A}^{1}_{4} rdigung \tilde{A}^{1}_{4} berwiegen entsprechend die f \tilde{A}^{1}_{4} r eine abh \tilde{A} ¤ngige Besch \tilde{A} ¤ftigung sprechenden Gesichtspunkte. Weiterer konkreter

Vortrag im Hauptsacheverfahren bleibt dem Antragsteller unbenommen.

Â

Versicherungsfreiheitstatbestände sind ebenso wenig ersichtlich wie Fehler bei der Beitragsberechnung. Diese wird im Ã□brigen auch vom Antragsteller nicht gerügt.

Â

2. Eine unbillige, nicht durch $\tilde{A}^{1}/_{0}$ berwiegende \tilde{A}^{0} lffentliche Interessen gebotene H \tilde{A} 0 zrte durch die sofortige Vollziehung des Beitragsbescheides ist nicht ersichtlich und vom Antragsteller auch nicht geltend gemacht.

Â

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§ 197a Abs. 1 S. 1 SGG</u> i. V. m. <u>§Â§ 161</u> Abs. 1, <u>154 Abs. 2 Verwaltungsgerichtsordnung</u> (VwGO).

Â

Die Festsetzung des Streitwerts folgt aus Â§Â§Â 197a Abs. 1 S. 1 SGG i.V.m. Â§Â§Â 47 Abs. 1, 53 Abs. 2 Nr. 4, 52 Gerichtskostengesetz und ber ýcksichtigt, dass in Verfahren des vorl à α ufigen Rechtschutzes, die Beitragsangelegenheiten betreffen, regelm à α ig nur ein Viertel des Wertes der Hauptsache einschlie à lich etwaiger SÃ α umniszuschl à α ge als Streitwert anzusetzen ist (vgl. z.B. Senatsbeschl. v. 22.04.2020 â α L 8 BA 266/19 B ER â α juris Rn. 30 m.w.N.).

Â

Dieser Beschluss kann nicht mit der Beschwerde an das Bundessozialgericht angefochten werden (\hat{A} § \hat{A} 177 SGG).

Â

Erstellt am: 12.06.2023

Zuletzt verändert am: 23.12.2024